

**Rede auf der VertreterInnenversammlung am 15.03.2013 in Dessau-
Roßlau**

-Es gilt das gesprochene Wort!-

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen!

Ich freue mich, Euch heute auf unserer VertreterInnenversammlung zu sehen. Ich freue mich auch über die anwesenden Vertreter der Presse!

Wir wollen heute unseren Direktkandidaten für den Wahlkreis 70 wählen. Ich möchte gern dieser LINKE Direktkandidat sein.

Zu meiner Person möchte ich für jene, die mich noch nicht kennen, kurz ein paar Stichpunkte nennen: Ich bin 41 Jahre alt und seit mehr als 13 Jahren als Rechtsanwalt in Wittenberg tätig. Seit 2005 bin ich Mitglied der PDS und nunmehr der LINKEN und war bereits zur letzten Bundestagswahl 2009 Direktkandidat für unsere Partei in diesem Wahlkreis. Mit 30,5% war ich damals Zweitplatzierte hinter dem CDU-Bewerber Ulrich Petzold.

Ich freue mich, dass in den Mitgliederversammlungen unserer Verbände in Dessau-Roßlau und Wittenberg meine Kandidatur einhellig begrüßt wurde. Und es bleibt bei dem, was ich jeweils dort als Ziel meiner Kandidatur benannt habe: Ich möchte das Direktmandat gewinnen!

Dabei geht es nicht um Eitelkeiten oder um Lokalpatriotismus. Nein, es geht mir um die Menschen in der Region. Denn: In den Jahren, die Ulrich

Petzold seitdem als Bundestagsabgeordneter in Berlin tätig war, hat er die sozialen Interessen der Menschen schlecht vertreten. Über Meinungen lässt sich bekanntlich lang streiten, aber die Fakten sprechen für sich – in den Mitgliederversammlungen hatte ich sie bereits genannt: Am 14.07.2007 – noch in der alten Legislaturperiode – stimmte Ulrich Petzold namentlich dagegen, einen Mindestlohn in Deutschland einzuführen und für die Rentenabschläge bei Langzeiterwerbslosen, und am 13.04.2011 – in dieser Legislaturperiode – nochmals gegen den Mindestlohn. Am 16.03.2010 stimmte Petzold gegen die Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze. Und das, obwohl im Februar 2010, also einen Monat zuvor, das Bundesverfassungsgericht festgestellt hatte, dass die Regelsätze falsch berechnet wurden. Folgend, nachdem sich CDU, FDP und SPD unter dem Druck dieses Urteils auf eine kümmerliche Erhöhung von 5,- Euro geeinigt hatten, stimmte Ulrich Petzold nochmals namentlich am 25.02.2011 gegen eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze auf existenzsicherndes Niveau. Am 12.11.2010 stimmte Ulrich Petzold gegen den Antrag der LINKEN, die unseligen Zusatzbeiträge der Krankenkassen abzuschaffen. In namentlicher Abstimmung am 03.12.2010 stimmte Ulrich Petzold dagegen, wenigstens für Behinderte die Regelbeträge neu gesetzeskonform zu ermitteln. Und am 26.05.2011 stimmte Ulrich Petzold – nach mehr als 20 Jahren Deutsche Einheit – namentlich gegen die Angleichung der Ost- an die Westrenten. Wir können dafür jedoch in der Mitteldeutschen Zeitung vom 13.01. lesen, dass Ulrich Petzold stolz darauf ist, der Rente erst ab 67 zugestimmt zu haben – tatsächlich: zuletzt stimmt Ulrich Petzold namentlich am 15.12.2011 dafür. Das sind alles Beschlüsse, die die Einkommenslage vieler Menschen in unserer Region ganz praktisch nicht verbessert oder

eben sogar direkt verschlechtert haben. Das nenne ich schlechte Interessenvertretung.

Nur der Vollständigkeit halber folgender Fakt: Seit 2009 stimmte Ulrich Petzold stets für die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes und am 10.06.2010 auch für die Verlängerung des nach ganz herrschender Rechtsmeinung völkerrechtswidrigen KFOR-Einsatzes im Kosovo. Ja, so deutlich muss man es sagen: letztendlich werden so junge Menschen auch aus unserer Region potenziell in den Tod irgendwo da, wo sie eigentlich nichts verloren haben, geschickt. Auch das nenne ich schlechte Interessenvertretung.

Wenn Ulrich Petzold dann auch noch meint, - zu lesen ebenfalls in der MZ – weil er der Rente erst ab 67 und damit der Erhöhung seines eigenen Renteneintrittsalters zugestimmt habe, sollte ihn konsequenterweise die Bevölkerung jetzt auch als 61-Jährigen nochmals in den Bundestag wählen, ist das entweder ein besonders schlechter Kalauer oder aber zynisch: Wer den Unterschied nicht sieht zwischen einem 61-Jährigen, der 40 Jahre auf dem Bau gearbeitet hat, oder jemand, der in diesem Alter keinen angemessenen Job mehr finden kann und einem Bundestagsabgeordneten, dem kann ich jedenfalls nicht mehr helfen. Ich denke: Im ersten Schritt schicken wir Wittenberger Ulrich Petzold in Frührente und folgend schaffen wir im Bundestag die Rente erst ab 67 für alle wieder ab.

Das schaffen wir aber nur mit anderen Mehrheiten im Bundestag und einem linken direkt gewählten Bundestagsabgeordneten. Deshalb nochmal

ganz eindeutig: Ich will den Wahlkreis gewinnen. Und wir schaffen das auch, wenn wir diese Fakten benennen. Es geht nicht um Unmögliches. Denn wir bauen in unserem Wahlkreis auf 30,5% aus 2009 auf. Wir spielen in diesem Wahlkreis auf Sieg, nicht auf Platz!

Für welche Anliegen möchte ich mich als Bundestagsabgeordneter dieses Wahlkreises besonders einsetzen?

Einige Punkte habe ich bereits genannt: Mit mir wird es keine Zustimmung zu Sozialabbau geben, es wird keine Ja-Stimme für Kriegseinsätze im Ausland geben. Hier unterscheiden sich die Interessen vieler Wählerinnen und Wähler kein Deut von denen in anderen Regionen. Niemand – offenbar abgesehen vom derzeitigen MdB unserer Region – will erst zwei Jahre später abschlagsfrei Rente erhalten. Niemand will dauerhaft von Hartz-IV leben – einem Betrag, von dem man auf lange Sicht weder richtig leben noch sterben kann.

Deshalb brauchen wir eine existenzsichernde Mindestsicherung für alle Erwerbsfähigen. Das ist für unsere Region von besonderer Bedeutung. Denn im Landkreis Wittenberg leben ca. 1/5 und in Dessau-Roßlau mehr als 1/6 aller Menschen von Hartz-IV – vom Säugling bis zum Rentenalter. Wer gut bezahlte Arbeit finden will – gerade als junger Mensch – wandert häufig ab. Das wäre als solches noch nicht so problematisch, schließlich ist es heute ganz normal, dass Menschen ihr Lebensglück außerhalb der Region finden: Aber aufgrund der Kaufkraftschwäche und damit auch des schwachen Angebots an attraktiven Stellen und den niedrigen Löhnen in unserer Region wandern Menschen in unsere Region nicht zu! Diesen

Teufelskreis verödender Regionen müssen wir durchbrechen. Mittlerweile wird der Ruf unserer Region als Niedriglohngelände schon zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung: Eine Bekannte kontaktierte mich, dass selbst ein doch ganz anständig bezahlter Job im kommunalen Krankenhaus Dessau nicht besetzt werden könne, weil niemand zu bewegen sei nach Dessau zu ziehen. Unsere Region als Region der Niedriglöhner und der Abgehängten - Das darf doch so nicht bleiben! Da helfen aber keine hohlen Phrasen und keine Imagekampagnen, sondern nur handfeste Perspektiven, und die heißen nicht zuletzt attraktive gute Infrastruktur und Daseinsvorsorge -

- Und eben auch gute Arbeit. Wesentlich hierfür ist ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 €/Stunde, liebe Genossinnen und Genossen!

Von Arbeit muss man wieder leben können. Derzeit müssen etwa ein Drittel aller Hartz-IV-Haushalte in diesem Wahlkreis trotz Erwerbstätigkeit monatlich zum Jobcenter und zusätzlich Grundsicherung beantragen. Das ist würdelos, das ist ein wirklicher Skandal! Und nebenbei muss Bundes-, Landes- und Kreishaushalt monatlich für diese Zahlungen geradestehen, derzeit der Bund mit jährlich 11 Milliarden, der Landkreis Wittenberg in Höhe von 8,8 Millionen jährlich aus Zahlungen für Miete an Aufstocker; in der Stadt Dessau-Roßlau sind es sogar mehr als 10 Millionen. Durch Einführung eines Mindestlohnes wäre also sowohl der Kommunalhaushalt für Dessau wie für Wittenberg deutlich besser ausgestattet. Denn ein Gutteil der Aufstocker müsste nunmehr anständig bezahlt werden!

Mit dem derzeitigen Bundestagsabgeordneten Petzold ist ein solcher gesetzlicher Mindestlohn jedoch – das beweisen die letzten Jahre – nicht zu

machen. Er will weiter im Bundestag dagegen stimmen. Dies sollten wir – im Interesse der Menschen in unserem Wahlkreis – nicht mehr zulassen.

Zwei Anmerkungen seien mir allerdings zu diesem Thema auch erlaubt, wenn es um einen weiteren Direktkandidaten, nämlich Arne Lietz von der hiesigen SPD, geht. Da hat doch Arne Lietz bei seiner Wahl erklärt, er wolle sich für den Mindestlohn einsetzen – so weit, so gut. Volle Zustimmung und prinzipiell Grundlage einer Zusammenarbeit.

Gleichzeitig tönt er jedoch – Ich zitiere: „Die LINKE kommt nicht in Regierungsverantwortung, deshalb sind das dann verschenkte Stimmen für den Mindestlohn“. Auch hier stelle ich die Fakten dagegen:

1.

Die LINKE hat seit ihrem Bestehen im Bundestag Anträge zur Einführung eines Mindestlohns gestellt. Es war auch Engelbert Wistuba, damals sozialdemokratischer MdB aus unserer Region, der namentlich dagegen stimmte. Und Arne Lietz war sein damaliger Büromitarbeiter in Berlin. Die SPD hatte von 1998 bis 2005 als rot-grüne Regierungspartei die Möglichkeit, ein Mindestlohngesetz einzuführen. Auch in der folgenden großen Koalition ab 2005 hatte die SPD die Möglichkeit, ein Mindestlohngesetz zur Voraussetzung für einen Eintritt in die Regierung zu machen. Es gab von 1998 bis 2009 durchweg eine Mehrheit jenseits schwarz-gelb. Niemals hat die SPD einen solchen Mindestlohn eingeführt. Eher gilt doch: Die SPD war plötzlich dann für den Mindestlohn, wenn sie ihn tatsächlich nicht mehr einführen konnte, nämlich ab schwarz-gelb 2009. Und jetzt ist der damalige Wahlkreismitarbeiter von Engelbert

Wistuba der Meinung, an der LINKEN scheitere ein Mindestlohn? Das ist schon dreist!

2.

Auch schon wahlarithmetisch ist die Aussage von Lietz in unserem Wahlkreis hanebüchen. Oder drastisch gesprochen: Hier kläfft der Hund den Mond an: Die LINKE hatte 2009 immerhin fast doppelt so viele Stimmen wie die SPD, nämlich 18,4% zu 30,5%. In Dessau trennten uns nur 300 Stimmen vom Direktwahlsieg. Wenn also nur wenige tausend sozialdemokratische Wähler Wittenberg und Dessau taktisch wählen, dann geben sie der LINKEN ihre Stimme und verhelfen ihr so zum Direktmandat im Wahlkreis 70. Genau um diese von tiefsten Herzen sozialdemokratisch gesinnten Wähler will ich werben. Denn die Erfahrung der letzten Jahre lehrt: Wer wirklich sozialdemokratische Politik umsetzen will, muss die LINKE wählen, damit die SPD nicht an ihr vorbeikommt.

Zurück zu den Zielen, die ich im Wahlkreis in den Mittelpunkt stellen will, nochmals also zum Mindestlohn. Klar ist – es gibt ihn derzeit nicht, und so greifen sittenwidrige Löhne hier um sich, mit 2, 3 oder 4 Euro/Stunde, oder auch unter Missbrauch der Zeitarbeitsregeln, die rot-grün damals unter Clement uferlos ausgeweitet hat. Bekanntlich haben wir unter meiner Initiative in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter begonnen, Ansprüche aus dieser sitten- oder gesetzeswidrigen Entlohnung überzuleiten und von den Dumping-Arbeitgebern zurückzufordern. Warum haben wir das gemacht? Weil wir damit im Landkreis zumindest in diesen Arbeitsverhältnissen faktisch eine Lohnuntergrenze eingeführt haben, zumindest das Rudiment eines Mindestlohns, allerdings natürlich nur auf Grundlage derzeitiger

Gesetzesregelungen – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Ich habe von Arne Lietz, aber auch von anderen Sozialdemokraten im Landkreis bisher hierzu nichts gehört – außer den – Entschuldigung für die Wortwahl – Blödsinn von der verschenkten Stimme. Von Ulrich Petzold und der CDU sowieso nicht.

Dafür hat Ulrich Petzold sich – so sagt er – dafür eingesetzt, dass das Modell der Bürgerarbeit nach dem Modellversuch im Landkreis Wittenberg nunmehr bundesweit eingesetzt wird. Ich bekenne hier: Ja, auch die LINKE setzt sich für ein Modell von Bürgerarbeit ein, ABER: Bürgerarbeit heißt für uns wiederum: volle Sozialversicherungspflicht und volle Lohngleichheit. Wir wollen ganz normale Arbeitsverträge. Genau dagegen aber hat sich Haseloff, Petzold und die CDU immer gewehrt: Sie wollen einen Dumpinglohn-Schattenbereich im öffentlichen Dienst. Doch Verwaltungsgerichte und wir als LINKE sagen: Bürgerarbeit ja, aber nach öffentlichem Tarif! Als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter will ich mich mit meinen Kompetenzen dafür einsetzen, dass es auch im Wahlkreis – wie bundesweit – einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, eben diese Bürgerarbeit, mit voller Sozialversicherungspflicht und Tariflohn gibt.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Tätigkeit wird sein, den bestehenden Investitionsstau gegenüber der Bundesebene zu thematisieren. Allein bei im Landkreis Wittenberg etwa sind es 10-12 Millionen, die für den Erhalt der Straßen und öffentlichen Einrichtungen aufgewendet werden müssten. Eine solide Finanzausstattung für Kommunen und Kreise ist unerlässlich.

Das betrifft gleichermaßen Infrastrukturprojekte wie die Ost- und Nordumfahrung Wittenberg, die allerdings weiter auf sich warten lassen.

Und es geht um ein Zusammenwachsen unseres Wahlkreises als Tourismusregion: Regionalpolitisch geht es um eine Vernetzung der Attraktion Gartenreich Dessau-Wörlitz und Lutherstadt Wittenberg, gerade bei den anstehenden Jubiläen 500-Jahre-Luther in 2017 und 100-Jahre-Bauhaus in 2019. Denn bereits 2009 hat der Direktor der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz in einem Gespräch darauf verwiesen, dass nur die Gesamtheit aus Kulturlandschaft und Kulturhistorie hinreichend Attraktivität für Besucher unserer Region entfaltet.

Generell geht es mir allerdings auch um eine veränderte Form der Politik: Politik für den Bürger. Der Beschluss eines Bürgerhaushalts für Dessau-Roßlau kann hier – trotz der Schwierigkeiten, die es immer gibt – Maßstäbe setzen. Denn es wäre die erste Stadt Sachsen-Anhalts mit einem Bürgerhaushalt. Denn es geht immer um die Interessen von Menschen, von Bürgern!

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde!

Wir sind im Wahlkreis 70 ein ernstzunehmender Faktor. Wir stellen jeweils die zweitgrößten Fraktionen im Kreistag und Stadtrat. Und wir stellen in Wittenberg den Landrat. Wer hätte das vor 2007 gedacht? Und warum sollten wir nicht also auch den örtlichen Bundestagsabgeordneten stellen? Unser Nachbarkreis Anhalt-Bitterfeld hat es uns ja bereits 2009 vorgemacht. Und in unserem eigenen Wahlkreis fehlten uns weniger als 7.000 Stimmen. Wenn wir kämpfen, mit klaren linken praktisch

umsetzbaren Reformvorschlägen, solche, die die Lebenslage der Menschen verbessern und nicht verschlechtern, werden wir es auch schaffen! Ich werbe um Euer Vertrauen für Eure heutige Wahl, und ich werbe darum, dass wir gemeinsam den Wahlkampf bestreiten.

In diesem Sinne – lasst uns heute damit beginnen! Danke!